

Die Ameise

„Immer strebe zum Ganzen! Und kannst Du selber kein Ganzes werden, als dienendes Glied schließ' an ein Ganzes Dich an!“

Organ des Gewerbevereins der Porzellan-, Glas- und verwandten Arbeiter.

Erscheint jeden Freitag.
 Vierteljährlicher Abonnementspreis
 1 Mark für 1 Exempl., jedes weitere
 bis zu 5 Exemplaren direkt unter
 einer Adresse bezogen 75 Pf. = 45 Kr.
 Oesterr. Währung.

Expedition: N. V. Wandlstr. 41 bei
 A. Münchow. Alle Postanstalten
 und Zeitungs-Expeditionen nehmen
 Bestellungen an.

Herausgegeben
 unter Mitwirkung der Vereins-Vorstände und Mitglieder
 vom
Generalrath.

Insertionsgebühren für die gewöhnliche Zeile 20 Pf. = 12 Kr. Oesterr. Währ. — Arbeitsmarkt 15 Pf. = 9 Kr. Oesterr. Währ.

Für Zusendung von Offerten unter Chiffre durch die Redaktion resp. Expedition werden 25 Pf. = 15 Kr. Oest. Währ. als Bezahlung erhoben.

Redakteur: Georg Lenz,
 N. V. Stromstraße 48.

Original-Aufsätze u. Notizen technischen u. sozialpolitischen Inhalts werden gegen Honorar entgegengenommen.

Nr. 31.

Berlin, den 30. Juli 1886.

Dreizehnter Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Zur Beachtung für die Ortsvereinsvorstände und sämtliche Mitglieder.

Aus der unten folgenden Zusammenstellung der zu den „Grundsätzen für die Unterstützung bei Arbeitslosigkeit“ eingegangenen Anträge geht hervor, daß sich im Ganzen 27 Ortsvereine mit dem Gegenstande beschäftigt haben.

Diese geringe bisherige Beteiligung der Ortsvereine läßt noch nicht genügend klar die Stellung erkennen, welche die Mehrzahl unserer Vereine und Mitglieder zur Frage der Einführung der Unterstützung bei Arbeitslosigkeit in unserem Gewerbeverein einnimmt.

Der Generalrath hat deshalb am 22. d. M. beschlossen, den Termin zur Einreichung von Abänderungsanträgen zu den „Grundsätzen“ u. bis zum 15. September d. J. zu verlängern, um so auch den bisher fern gebliebenen Vereinen die Möglichkeit zu gewähren, zu der in Nr. 21 d. Bl. bekannt gegebenen Vorlage des Generalraths noch Stellung zu nehmen.

Unter Hinweis auf die genannte Nr. 21 der „Ameise“ fordern wir die Ortsvereine deshalb nochmals auf, etwaige Abänderungsanträge zu den „Grundsätzen“ u. (auf einem besonderen Blatte Papier) möglichst bald, spätestens aber bis 15. September d. J. an den Hauptschriftführer einzusenden.

Eine Abstimmung über die Vorlage hat, wie wiederholt bemerkt wird, noch nicht zu erfolgen.

Der Generalrath
 Gust. Lenz I., Vorstehender. Aug. Münchow, Hauptkassirer. Georg Lenz, Hauptschriftführer.

Anträge zu den Grundsätzen für die Unterstützung bei Arbeitslosigkeit.

Zu den in Nr. 21 d. Bl. veröffentlichten „Grundsätzen“ u. sind folgende Abänderungsanträge gestellt worden:

- Zu § 1.**
 Ortsverein Althaldensleben. Statt 25 Pf. 20 Pf. Beitrag. Lehrlinge u. sind von der Versicherung auszuscheiden.
 Ortsverein Charlottenburg. Keine Beitragserhöhung und statt 1 Mk. 0,75 Mk. Unterstützung.
 Ortsverein Hamburg. Zwei Stufen einzuführen, und zwar die erste zu 6 Mk. bei 15 Pf. die zweite zu 12 Mk. bei 25 Pf. Beitrag.
 Ortsverein Köpenick. Keine Einführung der Beiträge.
 Ortsverein Schramberg. Auf dem bisherigen Beitrage 2 Jahre Ruhe zu lassen.
 Ortsverein Rudolfsstadt. Gewerbetreibende, welche nicht dem Sinne der Porzellanarbeiter angehören, bei einem Beitragssatze von 10 Pf. anzuschließen.

- Ortsverein Schreiberhau. Gegen die Einbeziehung der Lehrlinge.
Zu § 2.
 Ortsverein Althaldensleben. 1 Jahr Karenzzeit und 10 Mk. wöchentliche Unterstützung.
 Ortsverein Berlin II. Die dreijährige Karenzzeit kann auf 1 Jahr abgekürzt werden, wenn in den ersten 9 Monaten die Beiträge für 2 Jahre bezahlt werden. Alsdann tritt der Anspruch nach Ablauf eines Jahres ein.
 Ortsverein Budau. Statt 1 Mk. 1,25 Mk. Unterstützung.
 Ortsvereine Eisenberg, Schramberg. Statt 3 Jahre nur 1 Jahr Karenzzeit.
 Ortsverein Hamburg. 2 Jahre Karenzzeit.
 Ortsverein Köpenick. Alle die 1. 10. 1886 in den Gewerbeverein eintretenden Mitglieder haben am 1. 1. 1887 Anrecht auf die Unterstützung; alle später beitretenden haben 1/2 Jahr Karenzzeit zu bestehen.
 Ortsverein Rosenau. 6 Monate Karenzzeit und 1,50 Mk. Unterstützung täglich.
 Ortsverein Schreiberhau. 2 Jahre Karenzzeit und 7 Mk. wöchentliche Unterstützung.
Zu § 3.
 Ortsverein Rosenau. Die Unterstützung sofort bei Erhebung der höheren Beiträge zu zahlen.
Zu § 4.
 Ortsverein Althaldensleben. Unter „unverschuldet“ (in Abf. 2) einzuschalten: „und gezwungene“.
 Ortsvereine Budau, Eisenberg, Stanowitz, Unterföblich. Die Unterstützung in allen Fällen der Arbeitslosigkeit zu zahlen.
 Ortsverein Rudolfsstadt. Einmal angeben zu wollen, was unter „unverschuldeter Arbeitslosigkeit“ zu verstehen sei. — Ferner: In dringenden Fällen dem Ausschuss zu gestatten, daß derselbe das Hilfsgehalt auszahlen kann, bevor die Genehmigung vom Generalrath eingeholt worden ist. Regelung zwischen Generalrath und Ausschuss schriftlich und regelmäßig.
 Ortsverein Schreiberhau. Statt 10 nur 8 Wochen Unterstützung.
Zu § 6.
 Ortsverein Eisenberg. Die Jahreskosten auch in den Fällen des § 4a zu gewähren.
Zu § 11.
 Ortsvereine Stanowitz, Rosenau. Die Versicherung in einer Personal- oder Reiskassenhandelskasse nicht mit einzurechnen und die Unterstützung voll auszuscheiden.
Zu § 12.
 Ortsverein Stanowitz. Jeden Nebenverdienst zu gestatten.
Zu § 14.
 Ortsverein Rudolfsstadt. Krank- und Begräbniskassenbeiträge oder etwaige Reste nicht von der Unterstützung in Abzug zu bringen.
Zu Nr. 4 des „besonderen Antrages“.
 Ortsverein Berlin II. Der § 16 des Gewerbevereins-Statuts wird dahin abgeändert, daß zur sachlichen Ausschließung der Mitglieder wie bisher 10 Pf. der Einnahme, zur allgemeinen Bildung dagegen 3 Pf. abgezogen werden.
 Ortsvereine Stanowitz, Weingarten. Die Propaganda zu Bildungszwecken nicht anzuerkennen.
 Dies die bisher gestellten Anträge, die auf Beschluß des Generalraths vorstehend bekannt gegeben werden.

Im Anschluß hieran sei noch bemerkt, daß Lengsdorf und Moabit erklärt haben, keine Abänderungsanträge zu stellen. Gegen die Vorlage haben sich erklärt, ohne besondere Anträge auf Abänderung zu stellen, die Ortsvereine Manzbach, Langewiesen, Manfenbach, Sigendorf, Berlin I, Mtwasser, Waldenburg, Manfenhain, Sorgau (sofern Beitragserhöhung eintritt) und Tiefenfurt (letzteres ebenfalls nur bedingt).
Georg Venz,
Hauptschriftführer.

Zur Unterstützung bei Arbeitslosigkeit.

Am Montag, den 19. d. M., hielt der Verbandsanwalt der deutschen Gewerksvereine, Herr Dr. Max Hirsch, in Waldenburg vor einer Versammlung unserer Ortsvereine Mtwasser und Waldenburg über das obige Thema einen Vortrag, um zur Klärung dieser Frage möglichst beizutragen. Auch unsere Ortsvereine Sorgau und Sophienau waren zu der Versammlung eingeladen worden. Trotz alledem waren in der an und für sich zahlreich besuchten Versammlung die speziellen Berufsgruppen nicht in wünschenswerther Stärke vertreten. Ein spezieller Bericht über die Versammlung ist uns leider nicht zugegangen; wir folgen deshalb dem „Waldenburger Wochenblatt“, welches folgenden Bericht enthält:

Die Versammlung, welche im Schießhaussaale stattfand und der auch mehrere Gäste bewohnten, wurde durch den Vorsitzenden des Waldenburger Vereins eröffnet. — Herr Dr. Max Hirsch theilt zunächst mit, daß er die in einzelnen Vereinen bereits ventilirte Frage wegen Begründung einer solchen Versicherung, nachdem bereits die Statuten einer solchen im Vereinsorgan „Ameise“ den Mitgliedern bekannt geworden seien und sich innerhalb der hiesigen Vereine eine abweichende Meinung kund gethan habe, etwas näher beleuchten wolle. Er führt aus, es sei bereits in der Denkschrift vom Jahre 1879 seinerseits, als Mitglied der damals bestehenden praktischen Kommission der Gewerksvereine, die Nothwendigkeit der obligatorischen Einführung einer solchen Versicherung betont worden, gegenüber dem Versuche einer freiwilligen Unterstützung in der erwähnten Nothlage. Da jedoch damals die Organisation noch in ihren Anfängen stand, mußte die obligatorische Einführung zurückbleiben. Sie ist aber eine Nothwendigkeit, denn der Gewerksverein, welcher die Pflicht übernimmt, seinen Mitgliedern in allen Nothlagen des Lebens eine Sicherheit zu bieten, muß vor allen Dingen auch die eine schwere Lage bedenken, in der der unverschuldete Arbeitslose sich befindet. Und diesem zu helfen, ihm in arbeitsloser Zeit die drückendsten Sorgen zu erleichtern und zu beheben, ist Pflicht der Gewerksvereine, wenn sie nicht Urtheile über sich ergehen lassen wollen, wie Professor Brentano in seinem Buche sie also ausspricht: „Die Gewerksvereine verdienen den Namen nicht, denn sie sorgen nicht für Unterstützung bei Arbeitslosigkeit, diese Pflicht ist den Gewerksvereinen so eigen und zugehörig, daß, wenn sie dieselbe nicht erfüllen, sie auch den Namen nicht verdienen.“ — Obgleich solch ein Urtheil hart ist, birgt es doch etwas Wahres in. Darin müssen die Vereine an eine ernsthafte Erwägung dieser Frage herantreten und einen der wichtigsten Punkte, der die Existenz der Gewerksvereine berührt, mit ernstem Wohlwollen ins Werk zu setzen suchen und dabei selbst vor den geringen Opfern nicht zurückschrecken, die man zum eigenen Besten und zum Wohle der Mitarbeiter darbringt. Wer die Leistungen einer solchen Versicherung als nothwendig und gut anerkennt, kann das Gute und Zweckmäßige deshalb nicht fallen lassen, weil er Beiträge dazu zahlen soll. — Ohne die geringe Erhöhung der Beiträge von 5 Pf. pro Woche, wie sie der Generalrath in Vorschlag gebracht hat, werden sich die schon gewährten Benefizien von Rechtsschutz, Arbeitsnachweis, Reiseunterstützung, Bildungsförderung u. nicht noch um weitere vermehren lassen. Die im Statut vorgesehene Unterstützung von 1 Mk. pro Tag könnte ohne Beitragserhöhung nur ein Versuch sein, der nicht andauern würde. Die Sicherheit soll aber dauernd sein, darum ist sie nicht möglich ohne einen kleinen Zuschlag. Daß der Gewerksverein der Tischler ohne Erhöhung der Beiträge 75 Pf. pro Tag zahlt, war bisher nur deshalb möglich, weil nicht alle Mitglieder diese Einrichtung konnten und darum viele von ihr noch keine Anwendung machten. Daß andererseits der älteste Gewerksverein, der der Buchdrucker, welcher schon früher an Reisende und Arbeitslose Unterstützung zahlte, 15 Pf. pro Woche und bei außergewöhnlichen Vorkommnissen sogar 40 Pf. Beitrag zahlt, liegt in dessen besseren Lohnverhältnissen. Die Höhe der Löhne aber ist wiederum eine Folge der Organisation und der höheren Beiträge; denn durch die gewährte Unterstützung vermag man es, stetige angemessene Lohnbeträge zu erhalten. Das Opfer von wöchentlich 5 Pf. durch das ganze Jahr nicht mehr als höchstens 1 1/2 Arbeitstag, ist gegenüber dem großen Erfolge, den der Einzelne und die Gesamtheit davon hat, mir ein geringes, denn der Arbeiter vermag sich bei Darbringung desselben der Sorge für die Zukunft mehr zu entschlagen und der Arbeitslose wird nicht alljährlich der öffentlichen Wohlthätigkeit in die Hände fallen. Die Reiseverbände haben zwar auch ihr Gutes, aber sie kommen dem stillstehenden Arbeitslosen nicht zu Gute und überdies vermag die Versicherung im Gewerksverein bei Anwendung des gleichen Beitrages auch dieselben Leistungen zu gewähren. Die 3jährige Karenzzeit dürfte kein Grund zur Abweisung sein, denn dieselbe lasse sich auf Antrag auch noch beschränken, obgleich dem Generalrath vorgeschwebt hat, daß eine verkürzte Karenzzeit auch größere Ausgaben und Leistungen bedinge. Nebner erwähnt die Mitglieder, die sonst weise Sparsamkeit in der Zahlung der Beiträge nicht an unredlicher

Stelle im Uebermaß in Geltung treten zu lassen, weil sie sich dann eines größeren Vortheils begeben, denn ohne Ausgabe kann man auch keine Einnahme, ohne Beitragszahlung keine Sicherheit in der dringendsten Nothlage erwarten; er legt es ihnen an's Herz, treu an dem Prinzip festzuhalten, in allen Nothlagen des Lebens einander zu unterstützen. Die unverschuldete Arbeitslosigkeit, in die jeder Arbeiter durch irgend welche ungeahnte Zufälle gerathen könne, sei eine der schwersten und drückendsten Nothlagen, namentlich wenn sie einen Familienvater treffe. — In der sich anschließenden Diskussion über die Angelegenheit wurde hervorgehoben, daß die Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit einer solchen Versicherung wohl einzusehen sei, daß man jedoch von den Reiseverbänden noch nicht absehen könne, da sie auch dem jungen Arbeiter, der zu seiner Vervollkommnung anderwärts in Arbeit treten wolle, Unterstützungen gewähren. Man neigte sich hingegen der Absicht hin, beiden vortheilhaften Einrichtungen die Theilnahme zuzuwenden und diesen Punkt in den einzelnen Vereinen einer nochmaligen wohlwollenden Besprechung zu unterziehen.

Allgemeiner Bericht über die Verhandlungen des IX. ordentl. Verbandstages zu Halle a. S.

Von C. N.
(Fortsetzung.)

Nachdem dieser Theil der Tagesordnung durch Annahme der oben angebeuteten Resolution erledigt war, begann die Generaldiskussion über die Anträge zum Verbandsstatut.

Begreiflicher Weise hatte sich das ganze Interesse der Abgeordneten zunächst auf diesen Punkt konzentriert und die gesammte Mitgliedschaft des ganzen Verbandes war ebenfalls in gespannter Erwartung, da ja bekanntlich wegen der zahlreichen, zumeist recht einschneidenden Anträge im Maschinenbauer-Gewerksvereins- und im Verbands-Organ schon längere Zeit vor dem Zusammentritt des Verbandstages eine theilweise recht heftige Diskussion sich entsponnen hatte. Die Anträge selbst zeigten uns zwei Richtungen: die eine will die bisherige Zentralisirung der Gewerksvereine lockern und den einzelnen Gewerksvereinen scheinbar eine größere Selbstständigkeit geben, während man die andere Richtung konservativ nennen könnte, indem sie das Bestehende festhalten, ja den Verband in gleichem Sinne noch mehr stärken will. Erwartung und Spannung mälte sich auf den Gesichtern fast aller Abgeordneten; zahlreich eilen die Letzteren zum Bureauisch, um sich nur ja rechtzeitig in die Rednerliste einzzeichnen zu lassen, und am Tische der Verbandsleitung wird noch einmal das gewaltige Material einer letzten Besichtigung unterzogen, denn es wird die Debatte, den Anträgen entsprechend, nicht in ein paar Stunden beendet sein. Zwar die goldenen Schlussworte in des Anwalts Thätigkeits-Bericht, die lauten:

Die zweite Voraussetzung aber, geehrte Verbandstags-Abgeordnete, noch weit wichtiger und nothwendiger als die erste, das ist eine innere, deren Erfüllung allein in Ihren und Ihrer Genossen Händen liegt: es ist die Fortdauer der Einigkeit, des festen brüderlichen Zusammenhaltens aller einzelnen Gewerksvereine in der höheren Gemeinschaft des Verbandes. Diese Gemeinschaft ist nicht künstlich gemacht, sondern natürlich dem Boden gleicher Prinzipien, gleicher Gesinnung, gleicher wesentlicher Interessen entsprossen. Diese Gemeinschaft hat niemals die Selbstständigkeit und freie Entwicklung der einzelnen Glieder gehemmt, sie hat im Gegentheil in großem Maße die Organisation erhalten, geschult, gefördert, idealisiert und in allen Gauen des weiten deutschen Vaterlandes ausgebreitet. Dieser Verband ist nicht und kann nimmer sein ein loses Bündel von Vereinen, nein, er ist der Ausdruck der inneren Zusammengehörigkeit, er bildet gleichsam den Stamm, der aus der Wurzel der gemeinsamen ruhmreichen Gewerksvereins-Bewegung der Jahre 1868 und 1869 erwachsen ist, den unsere 18jährigen gemeinsamen Kämpfe und Errungenschaften gepflegt und gefestigt haben und der nicht gespalten werden kann, ohne den einzelnen Zweigen — das hat die Erfahrung in einzelnen Fällen bewiesen — den Lebenssaft zu entziehen; darum wer das fernere Wachsen und Gedeihen dieser unserer theuren Organisation, die Bewahrung des schon historisch gewordenen Namens der deutschen Gewerksvereine, die gegenwärtigen Leistungen für die alten, wie für die jungen Mitglieder will, der muß auch die Einigkeit, den ungeschwächten Bestand des Verbandes wollen, und darum schließe ich in dem Sinne, in dem ich mit so vielen Genossen seit zwei Jahrzehnten gewirkt habe, mit dem Rufe unseres großen Volksdichters:

„Seid einig, einig, einig!“

diese Worte hatten gezündet und begeistert und manchen Wankelmüthigen mit gleicher Festimmung befeuert!

Der Anwalt, als Referent für die Verbandsstatuten, betonte in seinem Referat nochmals alle die Anträge, die Seitens der Verbandsleitung gestellt waren, um eine gerechtere Vertretung der Gewerksvereine im Zentralrath sowohl, als auf den Verbandstagen herbeizuführen. Wenn hierzu, namentlich von den anwesenden Vertretern der verschiedensten Gewerksrätze, vor der allzugroßen Ausdehnung des Zentralraths gewarnt wurde, da ein allzugroßer Apparat schwerfällig arbeite, so konnten die Abgeordneten um so bereitwilliger zur Verhinderung desselben die Hand bieten, und so kam denn ein Beschluß zu Stande, der jedenfalls auf allen Seiten befriedigend wird. Es wird fortan der Zentralrath in der Weise seitens der einzelnen Gewerksvereine besetzt

werden, daß für das erste Tausend eines Gewerksvereins ein Vertreter, für die nächsten 2000 Mitglieder voll der zweite und dann für jede weitere volle 3000 ebenfalls ein Vertreter entsandt wird. Augenblicklich wird der Zentralrath aus 22 Mitgliedern bestehen. Zum Verbandstage sollen sich die kleineren Gewerksvereine auf die Höhe von 1000 Mitgliedern zur Wahl eines Abgeordneten vereinigen, im Uebrigen bleibt es bei den bisherigen Bestimmungen für diese Körperschaft.

Die nicht minder wichtigen Anträge, welche den Verband finanziell schwächen wollten, namentlich das beantragte sogenannte Umlageverfahren, wurden mit erdrückender Mehrheit abgelehnt.

Einem gleichen Schicksal verfielen die Anträge, welche die Stellung des Anwalts betrafen; dieselben wurden nicht nur abgelehnt, sondern es ward auch noch in Rücksicht auf die großen Verdienste des Anwalts seine Entschädigung erhöht, damit derselbe nicht nöthig habe, jede Kleinigkeit erst zu liquidiren. Im Uebrigen bleibt die Stellung des Anwalts unverändert. Die übrigen Verbandsbeamten, deren Wahl von Verbandstag zu Verbandstag ebenfalls beantragt war (der Verbands-Kontrollleur sollte laut Antrag des Generalraths der Maschinenbauer überhaupt gestrichen werden) bleiben ebenfalls in ihren Stellungen unverändert. Eine gesicherte auskömmliche Lebensstellung ist das Ziel eines jeden denkenden Arbeiters, sie ist unseren Verbandsbeamten ebenfalls zu gönnen; diese werden darin einen Sporn finden, in ihrem Wirken und Schaffen für das Wohl der gesamten Organisation nie zu erlahmen, und der Verband hat alsdann erprobte tüchtige Männer an der Spitze.

Nach dreitägigen ununterbrochenen angestregten Sitzungen fand am 18. Abends 7 Uhr ein Ausflug per Dampfer nach der Rabeninsel statt. Dieser von der Saale gebildeten Insel hat man den Namen nicht mit Unrecht gegeben. Unzählige Massen der schwarzen gefiederten Gesellen haben sich dort niedergelassen und beleben das schöne Wäldchen, ab und zu läßt sich auch wohl mal Frau Nachtigall hören. In vielen Trupps, begleitet von Herren des Volalkomitees, durchziehen wir den Wald, indessen je weiter wir hineinkommen, je schlüpfriger werden die Wege und nur mit Mühe gelangen wir zurück zur Restauration, von wo uns muntere Tänze entgegen schallen — wir trinken noch ein Gläschen am kühlen Saalestrand und dann zurück zur Stadt, denn schließlich wird man „von alledem so dumm, als ginge einem ein Mühlrad im Kopfe herum.“ (Fortf. folgt.)

Sozialpolitische Nachrichten.

**** Der Drang nach Ausbreitung der Gesamt-Organisation,** schreibt der „Gewerksverein“ an der Spitze seiner Wochenschau in voriger Nummer, macht sich mehr denn je in fast allen Gewerksvereinen geltend. Er entspringt dem richtigen Gefühle, daß ein Wachstum der einzelnen Glieder des Verbandes ein dringendes Gebot der Nothwendigkeit ist, wenn wir anders alle die hohen Ziele, die wir uns gesteckt haben, erreichen wollen. Wir huldigen gewiß nicht dem Satz, daß Macht vor Recht gehe, aber wir dürfen auch nicht übersehen, daß das Recht heutzutage vielfach nur durch die Macht errungen und auf die Dauer festgehalten werden kann. Das gilt besonders in der Arbeiterbewegung, wo mächtige Gegner nur auf den Moment lauern, um die winzigen freiheitlichen Errungenschaften der Arbeiterwelt mit einem Strich zu beseitigen. Unsere Genossen wissen es ja aus eigener Erfahrung, welcher Anstrengung es bedurfte, die reaktionären Gelüste der Stumm, Ackermann wie aller Derer abzuschlagen, welche das größte Uebel der Welt in der Selbstständigkeit der Arbeiter erblickten. Wer Augen hat, zu sehen, muß deutlich erkennen, daß es mehr denn je gilt, über die Rechte der Arbeiter zu wachen und die Schachzüge unserer Gegner aufmerksam zu verfolgen. Sicherlich gäbe es heute kein Koalitionsrecht mehr, keinen freien Arbeitsvertrag mehr, keine freien Hilfskassen mehr, wenn die Arbeiter den alten Michel gespielt und sich die Mühe über die Ohren gezogen hätten. Die Macht der Arbeiter — das haben die Gegner aller Schattirungen längst herausgefunden — liegt in der Organisation, daher die unausgelebten, oft mit den vergiftetsten Pfeilen gerichteten Angriffe auch auf die Gewerksvereine. Mit Hilfe der Organisation werden wir, wie bisher, auch ferner in der Lage sein, den friedlichen Kampf für die Rechtsgleichheit, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, die Sicherung der Arbeiter in allen Fällen des Lebens, mit Erfolg zu führen. Aber je stärker wir sind, desto früher gelangen wir ans Ziel. Die indifferente Masse muß aufgerüttelt werden, sie muß zum Bewußtsein ihrer Lage gebracht werden. Es ist dies ein hartes, ein schweres Stück Arbeit, aber es verlohnt sich der Mühe, denn der Mühe Preis ist die Anerkennung der Gewerksvereine, der Sieg der Wahrheit über die Finsterniß.

Das Material zur Information über die Bestrebungen der Gewerksvereine fehlt es ebensowenig wie an der Anregung zu einer flotten und frohlichen Agitation. Die aufklärenden Broschüren haben eine wesentliche Bereicherung erfahren durch das Schriftchen des Anwalts: „Die hauptsächlichsten Streitfragen der Arbeiterbewegung“, das auch bereits die Aufmerksamkeit unserer Gegner auf sich gelenkt hat. Und was die Anregung zur Agitation betrifft, nun, so ist seitens des Verbandes, wie vieler Gewerksvereine wahrlich genug geschehen und geschieht noch jeden Tag. Eben erst hat der Zentralrath einer neuen allgemeinen Aufruf „An die Verbandsgenossen aller Gauen

und Berufe“ (in Nr. 27 d. Bl.) erlassen, während die Generalräthe der Maschinenbauer (Nr. 27 des „Regulator“), Tischler, Lithographen, Zigarrenarbeiter etc. für sich wieder mit speziellen Aufrufen an ihre nächsten Berufsgenossen sich gewandt haben und die meisten der hier nicht aufgeführten Gewerksvereine haben wiederholt in ihren Generalrathsprotokollen Anlaß genommen, der Agitation das Wort zu reden. Sache der Mitglieder ist es, diesen Anregungen Folge zu geben und im Sinne der Aufrufe zu wirken; denn Aufrufe werden nicht geschrieben, damit sie bloß gelesen, sondern damit sie befolgt werden.

In seinem Bestreben, alle Verbandsgenossen agitationsstüchtig zu machen, hat der Zentralrath beschlossen, dem demnächst zur Versendung gelangenden Thätigkeitsbericht des Anwalts seit dem letzten Verbandstag, welcher ein klares Bild über das Wirken und Wesen unserer Organisation entrollt, ein Anschreiben beizufügen, in welchem auch denjenigen Mitgliedern, welche der Rede nicht gewachsen sind, Mittel und Wege an die Hand gegeben werden, in ihrem Wirkungskreis für die Ausbreitung etwas zu thun.

Wenn so **sämmtliche** Mitglieder ohne Ausnahme die Agitation aufnehmen, dann wird unser Wunsch, daß zum 20. Stiftungsfeste der Organisation, im Herbst 1888, 10000 Mitglieder den Gegnern imponiren sollen, gewiß in Erfüllung gehen. Darum:

Jedermann ein Agitator!

Das in den obigen Zeilen Gesagte empfehlen wir unseren Mitgliedern noch besonders zur dringenden Beachtung. Wir haben alle Veranlassung, ansehnliches zur Neugewinnung von Mitgliedern zu thun, nicht nur, um einen weiteren Rückgang unserer Mitgliederzahl zu verhüten, sondern um die Organisation zu stärken und immer weiter zu verbreiten. Hierzu ist aber — neben der Schaffung von den Mitgliedern zugute kommenden Einrichtungen innerhalb unserer Vereinigung — insbesondere die persönliche Thätigkeit der Mitglieder, ihr thatkräftiges Eintreten für den Gewerksverein nöthig. Ortsvereine in denen ein reges Leben herrscht, stetige und gut besuchte Versammlungen stattfinden, in denen die Mitglieder Aufklärung und Belehrung finden, gewinnen erfahrungsmäßig an Mitgliedern, andere, bei denen diese Vorbedingungen fehlen, gehen mehr und mehr zurück. Mögen deshalb zunächst hauptsächlich die Ortsausschüsse ihre Schuldigkeit thun, um nicht von den Mitgliedern den Vorwurf zu hören: unser Verein und unsere Versammlungen bieten nichts Interessantes, ich bekümmere mich deshalb auch nicht darum. — Ferner müssen auch die Mitglieder mehr wie bisher für unser Sache wirken! Agitationsmaterial kann bekanntlich jederzeit von hier bezogen werden.

**** Broschüre und Thätigkeitsbericht des Anwalts** betreffend. Der Zentralrath hat in seiner Sitzung vom 29. Juni beschlossen, die Broschüre des Anwalts: „Die hauptsächlichsten Streitfragen der Arbeiterbewegung“ in zweiter Auflage in 5000 Exemplaren drucken zu lassen. (Dieselbe wird auf besonderen Wunsch an einzelne Mitglieder unentgeltlich abgegeben und wolle man sich zu dem Zwecke an das Verbandsbureau wenden. Red. der „Ameise“.) — Der vom Anwalt auf dem Verbandstag erstattete Thätigkeitsbericht soll in 6000 Exemplaren gedruckt und demselben ein zur Agitation mahnendes Anschreiben beigegeben werden. Die Versendung der Schrift wird von den Generalräthen auf Kosten des Verbandes besorgt. — Sämmtliche Verbandstagsbeschlüsse, mit Ausnahme derer betr. Aufhebung der Agitationssteuer und Erhöhung der Diäten für Agitationsreisen, welche bereits am 1. Juli d. J. in Kraft getreten sind, sind vom 1. Oktober d. J. als bindend zu betrachten.

**** Der Ausbreitungsverband der sächsischen Gewerksvereine** hielt am 18. d. M. in Dresden seine Delegirtenversammlung ab. Aus dem Jahresberichte ging hervor, daß die sächsischen Gewerksvereine von Jahr zu Jahr an Mitgliedern wachsen; allein in der Umgegend von Chemnitz wurden im verfloßenen Jahre 5 neue Gewerksvereine gegründet. Einen gediegenen Vortrag über „Die Arbeiterbewegung und die Lohnfrage“ hielt Oberländer aus Leipzig. Die Rede fand allseitigen Beifall.

**** Der Verband der Dresdener Ortskrankenkassen,** welcher beim vorletzten Jahresabschluss einen Vermögensbestand von 21201,60 M. aufzuweisen hatte, arbeitet gegenwärtig mit Unterbilanz und steht die Zahlungsbefreiung in nächster Zeit zu erwarten. (Was sagt der „Generalanzeiger“ bezw. der Vorstand der Ortskrankenkasse in Neustadt-Magdeburg dazu? Red. der „Ameise“.)

**** Zur Enquete über die Sonntagsruhe.** Die mit der Sichtung und Bearbeitung des Materials der angestellten Untersuchung über die Sonntagsruhe betraute Kommission wird nach der „Post“ in ihren Arbeiten eine Erholungspause einzutreten lassen. Trozdem die Kommission seit Anfang Januar arbeitete, wird noch längere Zeit bis zur Bewältigung des Materials vergehen.

**** Gegen die sozialistischen Fachvereine.** Die Mitglieder der Meißner Tischlerinnung haben sich unter Ehrenwort und bei 50 M. Konventionstrafe verpflichtet, keine Gesellen einzustellen, welche den Fachvereinen angehören.

**** Wie viele Handwerksmeister Berlins** gehören Innungen an? Nach den Angaben des statistischen Amtes der Stadt Berlin hat die Volkszählung im Jahre 1886 ergeben, daß daselbst vorhanden sind 35 820 Handwerksmeister, welche zusammen 62 452 Gesellen und Gehilfen und 13 264 Lehrlinge beschäftigen. Von

den Meistern gehören den verschiedenen Zimmern 13 249 an, welche 31 988 Gesellen und Gehülften und 7554 Lehrlinge beschäftigen. Die 22 081 Meister, welche der Zimnung nicht angehören, beschäftigen 30 464 Gesellen und 5730 Lehrlinge.

** In Belgien haben in vergangener Woche vor dem Schwurgericht des Hennegaus die Verhandlungen gegen die Urheber und Mitschuldigen an der Zerstörung der Baudouy'schen Glasfabrik, welche bekanntlich am 26. März anlässlich des großen Streiks in dem Revier von Charleroi von den Streikenden bis auf die Umfassungsmauern vernichtet wurde, stattgefunden. Der Angeklagte waren 18, und zwar wurden als Haupturheber die Glasarbeiter E. Schmidt, F. J. Masson und Oskar Falleur, letzterer Schriftführer des Glasarbeitervereins (Union verrière), genannt; die übrigen sind meistens Kohlengräber und Eisenarbeiter. In der sehr umfangreichen Anklageschrift heißt es u. a., daß „gewisse Bläser, wie Schmidt und Masson, von den fortwährend in ihrer Umgebung geäußerten, ebenso falschen wie gefährlichen Ansichten beherrscht, welche Falleur gleichsam verkörperte, die Gerechtigkeit unter den Aufständischen am 25. und 26. März benutzten, um letztere zu verleiten, bei Baudour zu verweilen und zu plündern. So hofften sie, sowohl die ihnen angeblich nachtheiligen Mannöfen zu zerstören und zugleich ihr Rachegefühl gegen diesen Brodherrn zu befriedigen. — Die vorliegenden Berichte über die stattgehabte Verurtheilung der Angeklagten sind leider nur mangelhaft; es heißt, die Blünderer seien zu 10 bezw. 12 Jahren Zuchthaus bezw. Zwangsarbeit verurtheilt worden, was sich jedenfalls nur auf die Rädelsführer bezieht.

** Ueber die hohen Kosten der neuen Schiedsgerichte der Berufsgenossenschaften bei der Unfallversicherung klagt Dr. Gilse in der „Baugewerksztg.“ Die Kosten des Schiedspruches erreichen in einem einzigen Falle die Höhe von mehr als 600 Mark. Die Kosten fielen unter allen Umständen den Berufsgenossenschaften zur Last.

** Die Verwaltungskosten der Berufsgenossenschaft für chemische Industrie belaufen sich eben so hoch, wie die Kosten der Unfälle selbst, welche der Berufsgenossenschaft zur Last fallen, nämlich im Durchschnitt auf 150 Mk. für den Unfall.

Personal-Nachrichten.

Altrohlau in Böhmen, den 13. Juli 1886. Da unsere Prinzipalität es nicht mehr duldet, daß fremde Kollegen die Malerei besuchen, so sehen wir uns veranlaßt, das übliche Reisegeld bei Platzpersonal auszahlen zu lassen und machen hiermit alle Kollegen darauf aufmerksam.

Malerpersonal „Victoria“ Altrohlau.

J. A.: Franz Neukirchner, Schriftführer.

Tiefenfurt, den 22. Juli 1886. Das Dreherpersonal der Steingutfabrik Rädisch Nachf. in Tiefenfurt macht hiermit bekannt, daß vom 1. August 1886 in unserer Fabrik das Reisegeld nur an reisende Kollegen, die dem Dresdener Verbands angehören, gewährt wird.

Das Dreherpersonal der Steingutfabrik vorm. Rädisch Nachf. in Tiefenfurt.

Der Vorstand. J. A.: J. Kählig.

Vereins-Nachrichten.

Aus Taubenberg i. Th. geht uns die erfreuliche Mittheilung zu, daß Herr Fabrikbesitzer G. Moritz vor kurzem bei mehreren der von seinen Malern gearbeiteten Artikel die Arbeitslöhne aus eigenem Antriebe aufgebessert habe, nachdem er sich vorher selbst von der Nothwendigkeit der Aufbesserung überzeugt hatte. Die Maler der Moritz'schen Fabrik hoffen von dieser anerkennenswerthen Handlung ihres Prinzipals das Beste und auch wir wollen eine geblühliche und friedliche Entwicklung der dortigen Verhältnisse wünschen. Uebrigens soll zu der bisher nicht günstigen Lage der Maler der Moritz'schen Fabrik das Verhalten des dortigen Obermalers als Mittelglied zwischen Arbeiter und Prinzipal viel beitragen und wäre gerade hier in Zukunft ein Wandel in den Verhältnissen dringend zu wünschen, was die Erhaltung des gegenseitigen Friedens sicher befördern würde.

L. Rositz bei Gera. Am 19. d. M. gründete sich hier selbst ein Ortsverein der Porzellanarbeiter. Als neue Mitglieder wurden aufgenommen Max Brückner und Georg Löwel. — Sodann wurden in den Vorstand gewählt: Max Triebel, Vorsitzender und Kassirer, J. Jahn, Schriftführer und G. Franke, Revisor. Schluß der Versammlung 9 1/2 Uhr.

Joh. Jahn, Schriftführer.

S. Mantelbach in Thüringen. Ortsversammlung vom 3. Juli 1886. Der Vorsitzende Hr. Kaufmann eröffnete die Versammlung in Anwesenheit von 7 Mitgliedern. Nach Erledigung der Zahlung der Beiträge trägt das Mitglied Gutschmann auf weitere Unterstützung an, was dem Generalrathe empfohlen werden soll. Schluß der Versammlung.

O. Trapp, Schriftführer.

S. Rehau i. B. Ortsversammlung vom 11. Juli 1886. Tagesordnung: 1. Aufnahmen, 2. Kassenabschluss, 3. Antrag zur Unterstützung bei Arbeitslosigkeit. 1. Aufgenommen wurden 4 neue Mitglieder. 2. Der Kassenbericht ergab 1. Ortskasse: Einnahme 9,30 Mk., Ausgabe 19,10 Mk., Mehrausgabe 9,80 Mk. 2. Zuschußkasse: Einnahme null, Bestand 14,21 Mk., Ausgabe 2,42 Mk., Quasiestand 11,79 Mk. Die Kassen wurden in Ordnung befunden und der Kassirer entlassen. Dann 8. Punkt, nämlich eine längere Debatte. Die Versammlung erkannte an, daß die Mitglieder des Ganzen gut und zeitgemäß ist und glaubt, von den Malern speziell wünscht sich sehr viel neue Mitglieder anzuschließen; jedoch kann sich die Versammlung

nicht bei allen Paragraphen zustimmend erklären und glaubt, bei einer Steuerung pro Woche von 15 Pf. und einer Karenzzeit, wie das Gewerkevereinsstatut vorschreibt, würde das Projekt auch durchzuführen sein. Die Versammlung glaubt annehmen zu dürfen, daß bei Annahme des Projekts der Verein an Mitgliedern verlieren würde, dasselbe würde auch ein Anstoß sein, neue Mitglieder zu gewinnen. — Darauf Schluß der Versammlung.

A. Fraße jun., Schriftführer.

S. Taubenberg, den 19. Juli 1886. Der unterzeichnete Vorsitzende eröffnete die Versammlung in Anwesenheit von 28 Mitgliedern Abends 8 Uhr. Das Zahlen der Beiträge wurde erledigt. — Zur Aufnahme kamen die Herren Hermann Schau, Former, Hermann Müller, Maler, beide aus Schmiedefeld. — Als Schriftführer wurde Heinrich Leube aus Reichmannsdorf einstimmig gewählt. Schließlich wurde der Antrag gestellt, einen Fragekasten anzuschaffen, welches angenommen wurde. — Abends Schluß der Versammlung 11 Uhr.

Ernst Unger I., Vorsitzender.

S. Glinberg, den 25. Juli 1886. Die Ortsversammlung vom 10. d. M. wurde vom Vorsitzenden Herrn Taubert in Anwesenheit von 17 Mitgliedern eröffnet. Von Seiten mehrerer Mitglieder wurde in betreff des Herrn Friedemann, welcher vor kurzem aufgenommen wurde, der Wunsch laut, daß selbiger seine Beiträge selbst nach Berlin schicken möchte, da Hr. Friedemann wohl als Mitglied des Gewerkevereins und der Kranken- und Begräbniskasse anerkannt werde, aber nicht als Mitglied des hiesigen Ortsvereins, was zur Abstimmung gelangte und mit 12 gegen 3 Stimmen angenommen wurde; 2 Mitglieder enthielten sich der Abstimmung. *) — Uebersiedelt ist das Mitglied Koppberg von Hamburg nach hier und Gulden von Breslau nach hier. — Ferner folgte eine nochmalige Berathung der vom Generalrathe ausgearbeiteten Statuten betr. die Unterstützung bei Arbeitslosigkeit, wobei in verschiedenen Paragraphen Änderungen gewünscht wurden. — Dann folgte Zahlen der Beiträge und Besprechung über die im August stattfindende Altenburger Landesausstellung, welche zu besuchen beschlossen wurde.

Wolfgang Bauer, Schriftführer.

Amflicher Theil.

* Verzeichniß aufgenommenen und ausgeschiedener Mitglieder.

A. Aufgenommene Mitglieder.

1) In den **Gewerkeverein** und die **Kranken- und Begräbniskasse** wurden unter dem 26. Juli 1886 aufgenommen:

Rahla: G. Mehlhorn; Waldenburg: W. Enkelmann.

2) In den **Gewerkeverein** wurden aufgenommen (als Tag der Aufnahme gilt der Tag der Meldung):

Kopenhagen: Oster; Neuhalbensleben: A. Ulrich, G. Bornkessel, K. Lichtnecker; Schmiedefeld: Stahl.

B. Ausgeschiedene Mitglieder.

1) Aus **Gewerkeverein** und **Kranken- und Begräbniskasse**:

Rudolstadt: G. Jahn, G. Buschmann; Sorgau: J. Lammhäuser.

2) Aus **Gewerkeverein** und **Zuschuß-Kranken- und Begräbniskasse**:

Sorgau: G. Neugebauer.

3) Aus dem **Gewerkeverein**:

Rehau: Zebisch, Hölperl, Biehl, Burtard; Breslau: Haag, genannt Grimm, K. Werner, G. Fischer.

Der Generalrath und Vorstand.

Gust. Lenz I,

Vorsitzender.

A. Münchow,

Hauptkassirer.

Georg Lenz,

Hauptschriftführer.

Versammlungskalender.

(NB. Mitglieder, welche mit den Beiträgen länger als 6 Wochen im Rückstande sind, ohne von der örtl. Verwaltung Stundung erhalten zu haben, werden gestrichen.)

* **Althalbensleben**. Ortsversammlung am **Sonnabend**, den 31. Juli, Abends 8 Uhr bei Hebestreit. 1. Aufnahmen. 2. Kassenbericht pro 2. Quartal. 3. Anträge und Beschwerden. — Danach Versammlung der Krankenkasse (eingebr. Hilfskasse) mit derselben Tagesordnung. Hermann Moldenhauer, Schriftführer.

* **Tiefenfurt**. Ortsversammlung am **Sonnabend**, den 31. Juli, Abends 8 Uhr im Vereinslokal. August Schallwig, Schriftführer.

* **Reichen**. Ortsversammlung am **Montag**, den 1. August, Abends 8 Uhr. A. Pause, Schriftführer.

* **Boau-Poppelsdorf**. Ortsversammlung am **Sonnabend**, den 7. August, Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Tagesordnung wird daselbst bekannt gegeben. Wiegand Dankhoff, Schriftführer.

* **Glinberg**. Ortsversammlung am **Sonnabend**, den 7. August, Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Tagesordnung wird daselbst bekannt gegeben. Wolfgang Bauer, Schriftführer.

* **Sangerhausen**. Ortsversammlung am **Sonnabend**, den 7. August, Abends Punkt 8 1/2 Uhr im Vereinslokal „Gottesacker“.

Theodor Kallmer, Schriftführer.

Briefkasten der Redaktion.

Welche Fabrik fertigt Porzellanrosetten resp. Auflagen zu Garbinnenhalten? Event. woher sind solche gegen Kassa zu beziehen? Unsere Leser bitten wir um baldigst. Angabe durch Postkarte.

Reich-Dresden (auch für andere Korrespondenten). Wir bitten zu beachten, daß Briefe mit 10 Pf. Porto, mit 15 Gramm wiegen dürfen. Für Ihren Brief müßten 20 Pf. Straßporto gezahlt werden, da derselbe ca. 20 Gramm wog. — **Bremer-Rosenu**. Der Hauptkassirer Herr Münchow wohnt nicht Schönlitz 48, sondern Sandbühl 21. — **Radikal-Annahme**. Ihr Brief, welcher nur die Abschlüsse enthält, kann doch an den Hauptkassirer adressirt werden können. — **Dreherpersonal** und **Kobli**. Es wäre bei der vorigen Nummer ein Verzeichniß vorzulegen, in welchem Sie den Namen des Malers mit Angabe des Ortes angeben.

Der Schluß des Kalenders ist im nächsten Hefen.

*) Der Generalrath wird diesen Beschluß wohl kaum gutheissen. Die Red.